

19.02.2013

Antrag

der Fraktion der CDU

Pferdefleischskandal restlos aufklären - kriminelle Machenschaften in der Lebensmittelbranche im Interesse von Verbrauchern, Landwirten und Lebensmittelproduzenten und -händlern nachhaltig bekämpfen

I. Sachverhalt

In der 6. Kalenderwoche 2013 waren in mehreren EU-Ländern Fertiggerichte entdeckt worden, in denen statt des angegebenen Rindfleischs auch oder nur Pferdefleisch verarbeitet worden war. In der darauffolgenden Woche war der Pferdefleisch-Skandal auch in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen angekommen. Lebensmittelprüfer fanden Produkte mit falsch deklariertem Fleisch auch bei deutschen Supermarktketten. Gleichzeitig wurde in Großbritannien nun das Mittel Phenylbutazon in Pferdefleisch gefunden, welches vor allem im Pferdesport als Dopingmittel verabreicht wird. Diese Vorfälle haben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land sehr erschüttert.

Vertrauen aber ist eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren unseres Lebensmittelmarktes. Die Politik steht in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für diesen Markt so zu setzen und zu justieren, dass Vertrauensmissbrauch nach Möglichkeit unterbleibt.

Wer Lebensmittel kauft, muss selbstverständlich davon ausgehen können, dass er bekommt, was auf dem Etikett ausgewiesen wird, und dass die gekauften Lebensmittel den verbindlichen Qualitätsstandards entsprechen. Politik und Staat sind nun gefordert, sorgfältig und hartnäckig zu prüfen, welche Wettbewerbsstrukturen, Erzeugungswege oder Handelswege auf dem Lebensmittelmarkt den kriminellen Missbrauch des Verbrauchervertrauens begünstigen. Zu den Strukturen, von denen schon jetzt völlig klar ist, dass sie geändert werden müssen, gehören die Lohnstrukturen auf den Schlachthöfen. Die Niedriglöhne, mit denen Fleischer auf Schlachthöfen häufig auskommen müssen, gehören zu den schlimmen Folgen davon, dass der Wettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt im Wesentlichen über den Preis und nicht über die Qualität geführt wird.

Im Grundgesetz ist festgelegt, dass die Überwachung von Lebensmitteln in Deutschland Aufgabe der Bundesländer ist. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen muss daher

Datum des Originals: 19.02.2013/Ausgegeben: 19.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

schnellstmöglich den Skandal restlos aufklären und in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern sowie der Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass künftig solche Verbrauchertäuschungen nicht mehr möglich sind.

Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei der rückhaltlosen Aufklärung der verbraucher- und wettbewerbsschädigenden kriminellen Machenschaften, die im aktuellen Pferdefleischskandal am Werk sind.
2. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern die Strukturen identifiziert und bekämpft, die in der Lebensmittelbranche einen kriminellen Vertrauensmissbrauch begünstigen.
3. Die überwältigende Mehrheit der nordrhein-westfälischen Landwirte und Betriebe der Lebensmittelbranche rechtfertigt das Vertrauen der Verbraucher durch gute Arbeit und qualitativ hochwertige Produkte. Das Ansehen von Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft droht durch wiederholte kriminelle Machenschaften und Wettbewerbsverzerrungen wie den aktuellen Pferdefleischskandal nachhaltig beschädigt zu werden. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie durch vertrauensbildende Maßnahmen in Wort und Tat dieser Gefahr entgegentritt.

Karl-Josef Laumann
Lutz Lienenkämper
Josef Hovenjürgen
Christina Schulze Föcking

und Fraktion